

Angespannter Wohnungsmarkt: Herausforderung für Rot-Rot-Grün

Landesregierung will Fördermittel für sozialen Wohnungsbau auf 51 Millionen Euro aufstocken

Thüringen ist mit seiner Struktur geprägt von drei großen Städten mit einem angespannten Wohnungsmarkt, vor allem im bezahlbaren Bereich, und einem eher ländlichen Raum mit oft hohem Leerstand.

Mit Wegfall der Gemeinnützigkeit (1990) in der Wohnungswirtschaft und der Umwandlung in GmbHs mit unterschiedlich hoher Beteiligung der Kommunen sind diese der Gewinnmaximierung verpflichtet. Mit den Gewinnen wurden in den Kommunen soziale Einrichtungen unterstützt, so z.B. Kita oder Jugendeinrichtungen.

Der soziale Wohnungsbau wurde in Thüringen Anfang der 90er Jahre durch Fördermittel für den Wohnungsbau, den Stadtbau u.a. regelrecht beflügelt. Viele Unternehmen nutzten die Chance des Neu-, Um- und Ausbaus und investierten viele Millionen Euro. Gefördert wurde auch der Abriss. Dieser wurde in Größenordnungen durchgeführt, um die Stadtentwicklung voranzubringen. In Thüringen wurden in den Jahren 2012 und 2013 insgesamt 3.933 Wohnungen vom Markt genommen.

2010 gab es in Thüringen 55.090 Sozialwohnungen. Durch Wegfall der Belegbindung waren es 2013 noch 34.861. 2014 gab es keinen Neubau von Sozialwohnungen. Gefördert wurde die Schaffung von Eigentum, insbesondere für junge Familien im ländlichen Raum.

Eine große Herausforderung für eine rot-rot-grüne Landesregierung. Zum einen ist die Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft 1990 weggefallen und zum anderen brauchen wir für die sozial benachteiligten Mieterinnen und Mieter bezahlbaren Wohnraum, insbesondere in den größeren Städten mit angespannten Wohnungsmärkten.

Änderungen in den Förderrichtlinien der letzten 20 Jahre richteten sich ausschließlich an private Unternehmen, aber auch und vor allem waren die sozial Benachteiligten die Nutznießer dieser Fördermittel.

Änderungen in der Finanzwirtschaft und die damit einhergehenden „billigen“ Kredite auf dem Markt, der ge-



Ute Lukasch

Foto: Archiv KOPOFOR

änderte Wohnungsmarkt selbst und die immer stärker kapitalorientierte Wohnungswirtschaft führten dazu, dass die bis dahin genutzten Fördermittel nicht oder nicht genügend abgerufen wurden. Eine Anpassung erfolgte nur in kleinen Schritten und war in den letzten Jahren mehr auf die Schaffung von Eigentum ausgerichtet.

einem Programm zur Reduzierung von Barrieren der demographischen Entwicklung Rechnung getragen.

In Thüringen gibt es 94.930 Bedarfsgemeinschaften, davon beziehen 17.000 Wohngeld. Im Verhältnis zu den 34.861 vorhandenen Sozialwohnungen ein großes Unterangebot von Sozialwohnungen.

Die Landesregierung setzt in ihrem neuen Konzept auf vier Säulen in der Wohnungswirtschaft.

1. Einführung einer Mietpreisbremse, für Städte mit angespannten Wohnungsmarkt,

2. die individuelle Subjektförderung durch Zahlung von Wohngeld,

3. Zusammenarbeit mit den Kommunen zur Ausweisung von Grundstücken,

4. Überarbeitung der bisherigen Richtlinien für den sozialen Wohnungsbau und Erhöhung der Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau auf 51 Millionen Euro.

Bei der Förderung soll sowohl der Neubau von Sozialwohnungen als auch die Modernisierung berücksichtigt werden. Zudem wird mit

Im ländlichen Raum Thüringens wird das Unterangebot aufgefangen durch niedrigere Mieten als in den Großstädten und dem noch eher unsanierten Bestand, der wegen seiner schlechteren Ausstattung preislich unter dem Niveau der Sozialwohnungen liegt.

Durch den Abriss von Wohnungen sind aber auch Mietsteigerungen zu verzeichnen. Der Bedarf an Sozialwohnungen ist also vorhanden. Deshalb auch die vier Säulen in der mittel- und langfristigen Planung, die für eine ausgewogene Wohnungspolitik im Land sorgen soll.

Mit der geplanten Anhebung der Einkommensgrenzen wird sich der Bedarf an Sozialwohnungen erhöhen und somit auch die Zahl der Anspruchsberechtigten.

Die Partei DIE LINKE beschäftigt sich in ihrer Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnen, in welcher ich aktiv tätig bin, seit längerem intensiv mit der sozialen Wohnungspolitik, insbesondere mit der Frage: Gemeinnützigkeit versus Profitmaximierung. Mehr denn je braucht es gesellschaftlichen Druck, um soziale Wohnverhältnisse zu verteidigen bzw. zu schaffen.

Die Wohnungspolitik in Deutschland beschränkt sich im Wesentlichen auf marktwirtschaftliche Anreizinstrumente im Interesse der privaten Immobilienwirtschaft. Wohnungspolitik muss wieder an der Allgemeinwohlverpflichtung des Eigentums ansetzen. Wir wollen ein Umdenken von privater Renditeerwirtschaftung zu öffentlicher Daseinsvorsorge einleiten.

Die Voraussetzungen und Folgen eines solchen Richtungswechsels wollen wir mit unterschiedlichen Akteuren diskutieren und mögliche Wege zu einer „Neuen Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft“ ausloten.

Dazu hat das KOPOFOR am 20. Februar eine wohnungspolitische Konferenz einberufen. Wir freuen uns auf spannende Diskussionen.

Ute Lukasch (MdB)

Wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Thüringen

Wohnungspolitische Konferenz am 20. Februar 2016

Gemeinsam mit den Entscheidungsträgern aus Gesellschaft und Politik wollen wir beraten, wie künftig in allen Thüringer Regionen Stadtentwicklung unter den Schwerpunkten sozialer Wohnungsbau und Integration weiter betrieben werden kann.

In dieser Ausgabe:

Seite 2:

Bildungsangebote 2016
KOPOFOR bietet ein breites Spektrum kommunalpolitischer Themen.

Seite 3:

Für mehr Gerechtigkeit vor Ort
Das KOPOFOR hat gewählt und stellt den neuen Vorstand vor.

Seite 4:

Soziokulturelles Existenzminimum
Veranstaltung diskutierte Änderungspläne zum ALG II

Frank Kuschel



Geboren: 8. September 1961

Wohnort: Arnstadt

Zur Person:

Gegenwärtig bin ich Mitglied des Kreistages im Ilm-Kreis und Vorsitzender der Linken Fraktion im Stadtrat Arnstadt. Seit 2004 bin ich Mitglied des Thüringer Landtags und dort Sprecher für Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE, zudem seit 1994 als Fachberater für Kommunal- und Verwaltungsrecht tätig. Von 1985 bis 1990 habe ich an der Akademie für Staat und Recht in Potsdam studiert und an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Erfurt den Abschluss als Verwaltungsbetriebswirt (VWA) 2002 erworben. Ich bin Gründungsmitglied des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V. (KOPOFOR). Die Gründung erfolgte 1991. Zahlreiche Publikationen und Beiträge in Fachzeitschriften wurden durch mich veröffentlicht.

Schwerpunkthemen in der Kommunalpolitik:

Allgemeines Kommunalrecht, kommunales Satzungsrecht, die Kommunalfinanzen, kommunales Haushaltsrecht, kommunales Abgabenrecht und kommunales Wirtschaftsrecht.

Weitere Informationen unter:
www.frankkuschel.de

Schwerpunkte der Vereins- und Vorstandsarbeit 2015

1. Vorstandsarbeit

Der Vorstand hat schwerpunktmäßig an der Realisierung des Arbeitsplanes 2015, der Finanzsituation des Vereins, der Herausgabe von Publikationen und der Suche einer neuen Geschäftsstelle gearbeitet. In insgesamt sieben Vorstandsberatungen die Arbeitsweise des Vereins, die Vorbereitung der Bildungsveranstaltungen und die Planung für das kommende Jahr besprochen und entsprechende Beschlüsse gefasst.

2. Bildungsveranstaltungen

Im Jahr 2015 haben 18 Bildungsveranstaltungen stattgefunden, die zentral von der Landesgeschäftsstelle organisiert und beworben wurden. Es fanden überregionale Seminare zum Bauplanungsrecht, zum Fahr-schein-freien ÖPNV und zur Beteiligung von Frauen in Kommunalen Parlamenten. Ebenso standen Pressearbeit für KommunalpolitikerInnen, Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung und Erwerbslosenarbeit im Mittelpunkt dieser Seminare.

Die Flüchtlingspolitik stellte in diesem Jahr eine besondere Herausforderung für die Verwaltungen und die Kommunalen Parlamente dar. Das spiegelt sich auch in unseren Veranstaltungen wieder. Bereits im März hat in Eisenach die Tagesveranstaltung „Refugees Welcome!“ in Eisenach mit sehr guter Resonanz stattgefunden. Ende August wurden Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten für eine gelungene Aufnahme von Flüchtlingen besprochen. Dafür hatte das KOPOFOR Thüringen kompetente Referenten vom DGB Bildungs-

werk und dem Flüchtlingsrat Thüringen. Es wurden gesetzliche Rahmenbedingungen vermittelt und die Handlungsspielräume in der Kommune aufgezeigt. Auf Wunsch der Kommunalen MandatsträgerInnen im Kyffhäuserkreis wurden in Bad Frankenhausen die spezielle Probleme der Flüchtlingsunterbringung, Versorgung und Integration besprochen und die Fragen der Teilnehmer beantwortet.

In Nordhausen und Ellrich wurden Wissen zu Kommunalen Abgaben vermittelt und in Saalfeld über Kindertagesstätten und Gebühren unterrichtet. Insgesamt fanden auch die regionalen Veranstaltungen guten Anklang und wurden durch die Akteure vor Ort angeregt. Ein Seminar zu den rechtlichen Grundlagen der Jugendpolitik fand im Oktober in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Weimar statt. Dabei stand die Arbeit im Jugendhilfeausschuss im Focus. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die kommunale Jugendarbeit in einer Veranstaltungsreihe weiter ausgeführt werden soll, da der Jugendhilfeausschuss als einziger beschließender Ausschuss besonderen gesetzlichen Bestimmungen unterliegt. Ebenfalls wird der Vernetzung und dem Erfahrungsaustausch eine besondere Bedeutung zugemessen.

Beim Treffen der Linken Ostthüringer KommunalpolitikerInnen in Greiz wurden wichtige Themen vor Ort besprochen und mit dem KOPOFOR die Möglichkeiten der künftigen Zusammenarbeit besprochen. Nicht nur bei diesem Treffen wurde deutlich, dass

Schulungsangebote vor Ort und die Vernetzung der MandatsträgerInnen und kommunal aktiven BürgerInnen an Bedeutung gewinnt und passgenaue Bildungsangebote unterbreitet werden müssen. Das KOPOFOR will sich den neuen Herausforderungen stellen. Dafür brauchen wir die Ideen und Anregungen unserer Mitglieder und der Teilnehmer unserer Bildungsveranstaltungen. Die Geschäftsstelle ist dafür der Ansprechpartner.

3. Publikationen

In diesem Jahr sind zwei Publikationen des KOPOFOR Thüringen erschienen. In dem Buch „Facebook, Twitter & Co.“ gibt Steffan Wogawa eine Einführung (nicht nur) für Kommunalpolitiker in die Sozialen Netzwerke. Frank Kuschel erläutert in der zweiten Publikation die Rahmenbedingungen, den Aufbau und die Gestaltungsspielräume des kommunalen Haushaltes.

4. Weitere Aktivitäten

Neben den Bildungsveranstaltungen, wirkte das KOPOFOR an vielen Veranstaltungen in- und außerhalb Thüringens mit. Seit 2006 lobt das KOPOFOR jährlich den kommunalen Initiativpreis aus für kommunale Initiativen, ehrenamtliches Engagement und Projekte der Weiterentwicklung der Kommunalpolitik. In diesem Jahr wurden Preise in vier Kategorien vergeben. Die Preisträger des ersten Preises in jeder Kategorie wurden für den bundesweiten Preis „Kommune 2020“ vorgeschlagen und wurden in Berlin zum Fest der Linken öffentlich mit einer Ehrenurkunde geehrt.

Bildungsangebote 2016

Auch im kommenden Jahr wird das KOPOFOR ein breites Spektrum an Bildungsangeboten für unsere Mitglieder und Mandatsträger bereithalten. Einmal monatlich wird es überregionale Veranstaltungen an zentralen, gut erreichbaren Orten geben.

Im Januar wollen wir uns, in Zusammenarbeit mit Karola Stange (MdL, Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik) der UN-Behindertenrechtskonvention widmen und ihre Umsetzungsmöglichkeiten in der Kommune ergründen. Alle Mitglieder in Sozialausschüssen, sozialpolitisch engagierte BürgerInnen und MandatsträgerInnen sind herzlich eingeladen.

Nach der Wohnungspolitischen Konferenz am 20. Februar wird im März, auf Wunsch unserer Mitglieder, erneut das Bauplanungsrecht mit dem Referenten Manfred Müser besprochen. Diesmal soll es unter anderem um Vergabekriterien bei Kommunalem Bauland und um Vorgaben bei Flüchtlingsunterkünften gehen. Wie immer wird sich der Referent vorher genau mit den regionalen Gegeben-



Treffen von KommunalpolitikerInnen

Foto: Archiv KOPOFOR

heiten auseinandersetzen und gezielt die Fragen der Teilnehmer beantworten. Auch Mehr Demokratie steht wieder auf der Tagesordnung. Im April wird Frank Kuschel über die Weiterentwicklung der Thüringer Kommunalordnung informieren und in einer weiteren Veranstaltung können die Teilnehmer mit Ralf-Uwe Beck von „Demokratie jetzt!“ an der Erarbeitung einer Bürgerbeteiligungssatzung mitwirken.

Der Höhepunkt des Jahres wird die Festveranstaltung anlässlich 25 Jahre

KOPOFOR sein. Das Jubiläum wird mit einem Ball der Kommunalpolitik am 10. September im Volkshaus Sömmerda gebührend gefeiert.

Die Besonderheiten der Arbeit im Jugendhilfeausschuss werden erneut im Oktober im Fokus einer Bildungsveranstaltung stehen und schließlich wird traditionell im November in Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion, Ina Leukefeld (MdL) und dem DGB eine Neuauflage der Bildungsveranstaltung „Erwerbslosenarbeit gut gemacht“ stattfinden.

Der kommunale Haushalt ist als Mittel zur Umsetzung politischer Ziele eines der wichtigsten Instrumente für Kommunalpolitiker. Mit dem Buchungssseminar zu Kommunalfinanzen wird das KOPOFOR dazu ein neues Angebot unterbreiten. Der Referent Sebastian Schreiner bietet in drei Modulen die Themen „Gebührenkalkulation“, „Nachhaltige kommunale Finanzwirtschaft“ und „Haushalte gestalten und bewerten“ an und weist auf die Stellschrauben für Mandatsträger hin. Die Geschäftsstelle des KOPOFOR nimmt jederzeit Anmeldungen für diese Seminare entgegen und koordiniert die Termine.

Darüber hinaus kommt das KOPOFOR auf Wunsch zu aktuellen Themen auch in Eure/Ihre Region. Zum Beispiel zum Thema „Funktional, Verwaltungs- und Gebietsreform“, das in nächster Zeit thüringenweit weiter diskutiert werden wird. Wir freuen uns über weitere Anregungen und Hinweise und auf eine gute Zusammenarbeit.

Katja Seiler,
Geschäftsführerin des KOPOFOR

Auf www.kopofor-thuer.de können alle aktuellen Informationen und Materialien eingesehen werden.

Stellvertretender Vorsitzender: Ralf Plötner



Geboren am:
12.05.1983
Wohnort:
Altenburg

Zur Person:
Gesundheits- und
Krankenpfleger;
Student Politik-
wissenschaft

Grund für die Kandidatur:

- Weiterbildungsmöglichkeiten für kommunale MandatsträgerInnen weiter ausbauen,
- Erhalt und Ausbau der Präsenz des KOPOFOR.
- Generationenwechsel unterstützen für zukunftsfähige Strukturen.

Schwerpunkthemen in der Kommunalpolitik:

- Sozial- und Gesundheitspolitik;
- Pflegerische Versorgung, Asylpolitik

Stellvertretende Vorsitzende: Heidrun Sedlacik



Geboren am:
27.04.1952
Wohnort:
Weimar

Zur Person:
Berufene Bürgerin im Familien- und Sozialausschuss

Grund für die Kandidatur:

- Erfahrungen meiner kommunalpolitischen Arbeit einbringen und die Vereinsarbeit aktiv gestalten.
- Vernetzung mit ähnlichen Bildungsvereinen gestalten.

Schwerpunkthemen in der Kommunalpolitik:

- alles, was sozial und gerecht zugehen muss in der Kommune

Schatzmeister: Andreas Schuster



Geboren am:
07.12.1960
Wohnort:
Erfurt

Zur Person:
Motorenschlosser,
Mathe- und
Physiklehrer,
Referent im Landtag für Haushalt und Finanzen

Grund für die Kandidatur:

- Langjährige Erfahrungen im Bereich Haushalt und Finanzen einbringen.
- aufmerksame und kritische Begleitung der Mittelverwendung.

Schwerpunkthemen in der Kommunalpolitik:

- Haushalts- und Finanzpolitik

Vorstandsmitglieder:

Ines Zipfel



Geboren am:
06.03.1963
Wohnort:
Weida

Zur Person:
Stadträtin,
Kreistagsmitglied

Grund für die Kandidatur:

- Unterstützung der kommunalpolitischen Arbeit

Schwerpunkthemen in der Kommunalpolitik:

- Anpassung der Thüringer Kommunalordnung,
- Gesetz Kindertagesstätten, Gebietsreform und Kommunalfinanzen

Ronald Hande



Geboren am:
26.07.1977
Wohnort:
Benshausen

Zur Person:
Bürgermeister
Kreistagsmitglied
Fraktionsvorsitzender

(Foto: Archiv DIE LINKE)

Grund für die Kandidatur:

- Erfahrungen als Bürgermeister einbringen.
- praxisorientierte Problemlösungen gestalten.

Schwerpunkthemen in der Kommunalpolitik:

- öffentliche Daseinsvorsorge, Kulturpolitik und Kommunalfinanzen

Dr. Rita Bader



Geboren am:
13.08.1942
Wohnort:
Arnstadt

Zur Person:
Mitglied Stadtrat
Arnstadt, Kreistag,
Verwaltungsrat Sparkasse,
Aufsichtsrat Bäderbetrieb.

Grund für die Kandidatur:

- Kommunale Abgeordnete brauchen Wissen, um qualifizierte Entscheidungen treffen zu können.

Schwerpunkthemen in der Kommunalpolitik:

- Bau- und Ordnungsangelegenheiten
- kompetente Aufsichtsräte

Vorstandsmitglieder:

Heinz-Dieter Plötner

Geboren am: 08.07.1949
Wohnort: Altenburg

Zur Person:

- Stadtrat Altenburg bis 1994
- Mitglied im Kreistag Altenburger Land bis 2009
- Fraktionsvorsitzender bis 2004
- Vorstandsmitglied KOPOFOR seit 1999

Grund für die Kandidatur:

- kommunalpolitische Bildung weiter befördern

Schwerpunkthemen in der Kommunalpolitik:

- Jüngere und neue Vorstandsmitglieder unterstützen durch Erfahrungen in der Vorstandsarbeit.
- neue Gemeinderatsmitglieder verschiedener Gemeinden beraten und Wissen weitergeben

Markus Gleichmann

Geboren am: 05.01.1986
Wohnort: Röttelmisch (bei Kahla)

Zur Person:

- seit 2009 Kreisvorsitzender DIE LINKE SHK
- seit 2014 stellv. Fraktionsvorsitzender LINKE/GRÜNE im Kreistag SHK
- seit 2015 im Landesvorstand DIE LINKE.
- aktiv in gesellschaftlich-kulturellen Vereinen

Grund für die Kandidatur:

- Verbesserung der Vernetzung,
- Verjüngung der Strukturen, um für andere „junge Menschen“ attraktiver zu werden.
- Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit,
- signifikante Steigerung der Mitgliederzahlen

Schwerpunkthemen in der Kommunalpolitik:

- Umwelt, Tourismus, Kultur

Vera Fitzke

Geboren: 01.10.1956
Wohnort: Gotha

Zur Person:

- Kreistag Gotha, heute Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.
- Stadtrat Gotha, Ansprechpartner für viele Vereine, Schulen und Firmen

Grund für die Kandidatur:

- Das KOPOFOR gibt den Kommunalen Mandatsträgern viel Wissen für deren ehrenamtliche Arbeit und Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch. Das möchte ich weiterhin mit begleiten.

Schwerpunkthemen in der Kommunalpolitik:

- Haushalte, ÖPNV und Behindertenpolitik

Hartz IV: Sanktionen abschaffen statt verschärfen

Von Constanze Truschzinski

Sanktionsfreies, soziokulturelles Existenzminimum ist Sozialstaatsgebot. Das wurde in der Diskussion zur Bildungsveranstaltung des Kommunalpolitischen Forum Thüringens deutlich, die am 21. November in Jena stattfand. Ihr Thema lautete: Weiterentwicklung des SGB II „Rechtsvereinfachung wird zur Rechtsverschärfung“.

Referent Harald Thomé erläuterte die wichtigsten Änderungen des ersten Referentenentwurfes mit dem Titel „Rechtsvereinfachungsgesetz“. Das ist immerhin schon die 9. Änderung des Gesetzes seit Einführung der Hartz-IV-Gesetzgebung. Eine Vielzahl der geplanten Änderungen stellt eine Verschärfung der jetzigen Regelungen dar und würde die bisherige BSG – Rechtsprechung aushebeln, so Thomé.

In der Podiumsdiskussion mit Jens Petermann, Richter am Sozialgericht Gotha, Michaela Sojka, Landrätin im Altenburger Land und Jutta Paul, Mitarbeiterin einer Rechtsanwältin für Sozialrecht, ging es um die Rechtmäßigkeit des Sanktionsrechtes im SGB II. Petermann erläuterte, wie es zu dem Vorlagebeschlussantrag zur Verfassungsmäßigkeit von Sanktionen



SGB-II-Schulung in Jena

aus dem Sozialgericht Gotha kam. Mit Sanktionen wird oft nicht nur das soziokulturelle Existenzminimum gekürzt, sondern auch das physische Existenzminimum. Solche Sanktionen werden besonders bei Jugendlichen unter 25 Jahren angewandt, welche bis zu 100 Prozent inklusive der Wohnkosten sanktioniert werden können. Nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes, zum Beispiel vom 18. Juli 2012 und vom 09. Februar 2010, ist das soziokulturelle Existenzminimum immer und jedem

zu gewähren.

Michaela Sojka sprach sich für eine Abschaffung des Sanktionsrechts aus. Damit könnten Personalkosten der Jobcenter eingespart werden. Dieses Geld wäre sinnvoller für Kultur, Bildung und sinnvolle Beschäftigungsfelder einzusetzen, sagte Sojka.

Die TeilnehmerInnen der Veranstaltung waren sich einig, dass die Menschenwürde unantastbar ist, Sanktionen abgeschafft gehören und es grundlegenden Handlungsbedarf zur Absicherung des soziokulturellen Exi-

stenzminimums gibt. Die Vorgaben und Hinweise aus dem Urteil vom Bundesverfassungsgericht müssen sich in den nächsten Änderungen zum SGB II widerspiegeln.

Dabei geht es u.a. um die Unterdeckung des Bedarfes bei den Stromkosten, bei therapeutischen Geräten wie Brille oder energiesparenden Haushaltsgeräten wie Kühlschrank und Waschmaschine. Eine Forderung ist, die Stromkosten aus dem Regelsatz herauszunehmen und bedarfsdeckend zu zahlen.

Foto: Archiv KOPOFOR

Flüchtlinge in Thüringen: Schulung für Mandatsträger

Am 29. Oktober fand wieder eine Schulung für die Abgeordneten der LINKEN in Gemeinde- und Stadträten und im Kreistag des Kyffhäuserkreises statt. Aber auch alle anderen Interessierten waren herzlich eingeladen. Treffpunkt war die Begegnungsstätte der Volksolidarität in Bad Frankenhausen. Leider war die Teilnehmerzahl dann doch recht überschaubar, obwohl ein wichtiges, derzeit allgegenwärtiges Thema auf der Tagesordnung stand: Flüchtlinge in Thüringen, ihre Aufnahme und Unterbringung in den Kommunen, der Umgang mit ihnen und mögliche Hilfen für ihre Integration.

Bei der Vorbereitung gab es dankenswerterweise Unterstützung vom KOPOFOR und Katja Seiler nahm auch an der Veranstaltung teil. Zu diesem Thema waren Sabine Berninger von der Landtagsfraktion und Martin Arnold vom Flüchtlingsrat Thüringen e.V. eingeladen.

Martin Arnold gab mit einer sehr anschaulichen Präsentation zur Einführung viele Informationen: zur Anzahl der Flüchtlinge weltweit, zu den Fluchtursachen, zu den Wegen und den Zielen der Flüchtlinge. Er sprach über die Zustände in den Unterkünften, die unterschiedlichsten Probleme und die Regelungen in Thüringen. Dazu gab es Hinweise auf Infomaterialien, in denen man Hilfe für viele auftretende Fragen findet. Aber natür-

lich wurden von Martin Arnold und Sabine Berninger auch konkrete Hilfe bei Bedarf durch Flüchtlingsrat und Fraktion angeboten.

Auch im Kyffhäuserkreis sind inzwischen zahlreiche Flüchtlinge angekommen, die in den Kommunen recht unterschiedliche Unterkünfte vorfinden. Viele Genossinnen und Genossen sind bei den Helfern aktiv, die die neuen Mitbürger willkommen heißen. Sie engagieren sich bei der Sammlung von Spenden aller Art und

deren Ausgabe, bei Willkommensfesten, beim Deutschlernen, geben Unterstützung beim Zurechtfinden im neuen Alltag.

Aber es treten auch viele Fragen, Probleme und Unsicherheiten auf, die bei der Beratung zur Sprache kamen. Inzwischen gab es in einigen Orten im Kyffhäuserkreis Einwohnerversammlungen, die zum Teil eine sehr aggressive Stimmung zutage brachten. Unser Ortsteilbürgermeister aus Göllingen berichtete z.B. von der Situa-

tion in seinem kleinen Ort, wo in der alten Grundschule über 100 Flüchtlinge untergebracht werden sollten.

Von Martin Arnold und Sabine Berninger gab es Antworten, Lösungsvorschläge und, besonders wichtig, viele Fakten und Argumente für die anhaltende Flüchtlingsdebatte. Wir erlebten eine gute, intensive und sehr hilfreiche Mandatsträgerschulung – vielen Dank an unsere Gäste!

Sabine Zeidler
Stadtrat Bad Frankenhausen



Foto: Archiv KOPOFOR

Sie wollen weitere Informationen zu den Vereinsaktivitäten des KOPOFOR oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e. V.
Pilsle 29
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
E-Mail: info@kopofor-thuer.de
Internet: www.kopofor-thuer.de

Das KOPOFOR Thüringen erhält als Bildungsverein, der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).